

Bürgerinitiative für Ostrhauderfehn

c/o Gertrud Stechmesser, Langholter Str. 6 a, 26842 Ostrhauderfehn, Tel. 04952 808533
www.bi-für-ostrhauderfehn.de

Frau Gitta Conneman, Herrn Hans-Michael Goldmann, Herrn Garrelt Duin, Herrn Thilo Hoppe, Frau Johanna Voß

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kohlendioxid-Speicherungsgesetz – KSpG

26.04.2011

Sehr geehrte

Im Mai beginnt im Bundestag die Beratung zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz, das von der Bundesregierung bereits beschlossen wurde.

Wir bitten Sie, dieses Gesetzesvorhaben zu verhindern und stattdessen von Art. 4 der CCS-EU-Richtlinie Gebrauch zu machen, um die unterirdische Speicherung von CO₂ im Bundesgebiet zu verbieten.

Begründung:

Wir können jeden Tag feststellen, dass Technik nicht beherrschbar ist. Es wäre daher verantwortungslos, eine Risiko-Technologie zu ermöglichen, deren Auswirkungen absolut nicht einschätzbar sind. Von den Gefahren für das Grundwasser über unkontrolliertes Austreten mit lebensgefährlichen Situationen für Mensch und Tier bis zu einem schlichten Wiederaustreten des CO₂ in die Atmosphäre ist alles denkbar. Eine Erprobung über Jahrzehnte wäre erforderlich und nicht ohne all diese Risiken machbar.

Statt weiterhin Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen und hohem CO₂-Ausstoss zu betreiben, sollte die Entwicklung und Erforschung von Möglichkeiten der CO₂ – freien Energieerzeugung sowie die Einsparung von Energie gefördert werden. Solange noch „alter Wein in neuen Schläuchen“ produziert und verkauft werden darf, wird es keine ehrliche Energiewende geben.

Wir Bürger, also Ihre Auftraggeber, möchten diese Technologie nicht haben, zumal es Alternativen gibt. Wir erwarten, dass nicht den Interessen der Konzerne nachgegeben wird, die aus wirtschaftlichen Gründen die Energiewende nicht überzeugend mitgestalten.

Bürgerinitiative für Ostrhauderfehn

c/o Gertrud Stechmesser, Langholter Str. 6 a, 26842 Ostrhauderfehn, Tel. 04952 808533
www.bi-für-ostrhauderfehn.de

Das Gesetz – so wie es jetzt vorliegt – entmündigt die Bürger bis hin zur Möglichkeit der Enteignung zugunsten großer Konzerne. Hierfür gibt es keinerlei Rechtfertigung. Der Weg zur Energiewende wird im „SRU-Sondergutachten: Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung“ aufgezeigt. Wir Bürger wollen diesen Weg gehen und wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich im Bundestag dafür einsetzen.

Uns ist bewusst, dass sich für die meisten Bundesländer und damit auch für die meisten Bundestagsabgeordneten diese Fragen gar nicht stellen, weil die geologischen Voraussetzungen eine Speicherung nicht erlauben. Gerade deshalb ist es uns wichtig, von Ihnen angemessen vertreten zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Stechmesser